



#dieschmidt

der newsletter

14.02.2020

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

die Wahl des Ministerpräsidenten Thüringens mit Stimmen der AfD hat uns letzte Woche alle erschüttert. Diese Wahl war ein Tabubruch. Seit 1945 gab es keine Machtperspektiven für Faschisten und Nazis in Deutschland – und dafür werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch weiterhin entschieden eintreten. Im politischen Diskurs der letzten Tage – und auch schon davor – wurde von einigen Seiten das sogenannte Hufeisenmodell zur Erklärung extremistischer politischer Positionen herangezogen, „links“ mit „rechts“, Bodo Ramelow mit Björn Höcke gleichgesetzt und Thomas Kemmerich als „Kandidat der Mitte“ dargestellt. Das ist falsch. Während sich die Partei Die Linke (PDL) in den letzten Jahren demokratisiert hat, haben sich die Rechten – also vor allem die AfD – radikalisiert. Aus einer systemkritisierenden Partei wurde eine systemabschaffende Partei AfD. Die PDL hingegen ist aus ihrer Totalopposition heraus und in den weitesten Teilen zu einer kritischen Oppositionspartei geworden, die das politische System in Deutschland stabilisieren will, statt es zu stürzen. Die Gleichsetzung PDL und AfD, Ramelow und Höcke ist nicht nur falsch, sondern auch gefährlich. Das Problem sind nicht die „bösen Ränder“ und die Lösung ist nicht die „gute Mitte“. **Das Problem sind menschenverachtende Weltbilder wie Rassismus, Antisemitismus oder Sexismus.** Egal, ob sich jemand als rechts, mittig oder links einstuft – werden Menschen verachtet, weil sie Teil einer bestimmten Gruppe (Mann/Frau, hellhäutig/dunkelhäutig, ...) sind, ist das ein gesamtgesellschaftliches Problem. **Und wer sich gegen menschenverachtende Weltbilder stellt, ist nicht automatisch links, sondern Demokratin oder Demokrat.**

Ein Einwegkaffeebecher braucht 50 Jahre, um abgebaut zu werden. Jede siebte Onlinebestellung wird zurückgeschickt und ein Teil dieser Retouren vernichtet – weil es kostengünstiger ist als die Ware wieder anzubieten. Klar ist, wir können unser Konsumverhalten ändern: weniger Ware zurückschicken oder Mehrwegkaffeebecher nutzen – und viele von uns tun dies bereits. Aber manchmal passt der Schuh nicht oder der eigene Kaffeebecher ist nicht zur Hand. Deswegen hat das Bundeskabinett am Mittwoch auf Initiative von Umweltministerin Svenja Schulze beschlossen, auch die Händlerinnen und Händler in die Verantwortung zu nehmen. Neuwertige und funktionstüchtige Retouren sollen zukünftig weiter angeboten werden, statt aus logistischen Gründen vernichtet zu werden. Und da immer mehr Einwegartikel im Umlauf sind, werden auch die Kommunen immer stärker belastet. Denn sie tragen die Kosten für die Entleerung öffentlicher Mülleimer, die Reinigung von Parks und Straßen und die spätere Entsorgung des Abfalls bisher alleine. Das wollen wir ändern und die Hersteller von Einwegartikeln an den Entsorgungskosten beteiligen. Der Gesetzentwurf geht nun ins parlamentarische Verfahren.

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch auch den von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil vorgelegten Entwurf zur reformierten EU-Entsenderichtlinie beschlossen. Mit der Umsetzung dieser Reform gehen wir einen wichtigen Schritt hin zu einem faireren europäischen Arbeitsmarkt. Denn Mobilität in der EU ist Alltag und Arbeit in anderen europäischen Ländern heute längst selbstverständlich. Dabei muss es fair, verlässlich und sozial gerecht zugehen. Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf schützen wir nicht nur europäische Beschäftigte in Deutschland vor unfairen Arbeitsbedingungen, sondern auch hiesige Beschäftigte vor Lohndumping. Das Gesetz geht nun in das parlamentarische Verfahren und soll noch vor der Sommerpause verabschiedet werden.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

Aufstiegs-BAföG

Für die Erzieherin, den Friseur oder die Technikerin



Nachdem wir im letzten Sommer das BAföG für Studierende, Schülerinnen und Schüler reformiert haben, gehen wir nun den nächsten Schritt und reformieren zum 01.08.2020 auch das Aufstiegs-BAföG. Damit machen wir einen wichtigen Schritt, um die berufliche Weiterbildung noch attraktiver zu gestalten und die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung voranzubringen. Das Aufstiegs-BAföG richtet sich an Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung, die beruflich aufsteigen wollen, um beispielsweise eine Meisterausbildung an ihre Grundqualifikation anzuschließen. Die Anhebung der staatlichen Zuschüsse während der Fortbildung für Maßnahmen- und Prüfungsgebühren ist ein wichtiger Schritt, um Hürden zur Aufnahme einer Weiterbildungsmaßnahme abzubauen und der Gebührenfreiheit in der beruflichen Bildung einen Schritt näher zu kommen. Wer eine Fortbildung in Vollzeit absolviert und in der Zeit kein eigenes Einkommen hat, wird heute schon über den sogenannten Unterhaltsbeitrag unterstützt. Dieser musste bisher zur Hälfte zurückgezahlt werden, das haben wir geändert. Der einkommensabhängige Unterhaltsbeitrag muss zukünftig nicht mehr – auch nicht anteilig – zurückgezahlt werden. Das war uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders wichtig. Damit entlasten wir insbesondere Frauen, die häufiger eine Aufstiegsfortbildung in Vollzeit absolvieren. ...weiterlesen

Aus dem Wahlkreis

Am 04. Februar 1920 wurde das Betriebsrätegesetz vom Reichstag verabschiedet. Seitdem haben Beschäftigte das Recht, Betriebsräte zu wählen. Ein Meilenstein für die betriebliche Mitbestimmung. Das war nur ein Thema von vielen beim Jahresempfang des DGB Mittelhessen, der letzte Woche Dienstag – genau 100 Jahre später – stattfand.

Beim Hintergrundgespräch mit der WALI (Wetzlarer Arbeitsloseninitiative) am Donnerstag, habe ich mich mit Stefan Lerach (Leiter der WALI) über unsere weiteren Vorhaben zur besseren individuellen Unterstützung von Arbeitslosen gesprochen und Erfahrungen und Ratschläge für die Umsetzung bekommen. Denn wir wollen unser Sozialstaatskonzept für einen starken und unbürokratischen Sozialstaat gemeinsam mit den Menschen vor Ort umsetzen.



Bei einem sehr anregenden Gespräch mit den zwei PoWi (Politik und Wirtschaft) Leistungskursen des Johanneum-Gymnasium in Herborn am Freitag, habe ich wieder festgestellt, wie gut informiert und interessiert viele junge Menschen sind. Vielen Dank für die spannenden Gespräche.



Otto-Wels-Preis für Demokratie 2020

Noch bis zum 28.02.2020



75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs ruft die SPD-Bundestagsfraktion junge Menschen zwischen 16 und 20 dazu auf, sich im Rahmen des Otto-Wels-Preises mit dem Thema „Erinnern – Versöhnen – Unsere Zukunft friedvoll gestalten“ auseinanderzusetzen. Die Preisträgerinnen und Preisträger werden nach Berlin eingeladen und den ausgezeichneten Beiträgen winken attraktive Geldpreise. Teilnehmen können Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 20 Jahren – mit Einzelbeiträgen oder Gruppenarbeiten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können dabei aus drei verschiedenen Aufgabenstellungen und aus unterschiedlichen Darstellungsformen – ob Rede, Fotografie, Video oder Essay – wählen. Die

Wettbewerbsausschreibung und das Teilnahmeformular sind unter www.spdfraktion.de/ottowelspreis abrufbar. Einsendeschluss für die Beiträge ist der 28. Februar 2020. Mehr dazu unter www.dagmarschmidt.de/owp20

Aktion Rote Hand

Gegen den Einsatz von Kindersoldatinnen und Kindersoldaten



In einer Vielzahl von Ländern werden Minderjährige als Kindersoldatinnen und Kindersoldaten missbraucht. Sie erfahren schon in jungen Jahren Unvorstellbares – sie werden in den Kriegen der Erwachsenen in tödliche Kämpfe geschickt, müssen lebensgefährliche Botengänge übernehmen oder Sklavendienste leisten. Sie werden häufig Opfer sexualisierter Gewalt. Gegen diese schrecklichen Formen der Gewalt gegen Kinder und Jugendliche wird jedes Jahr im Rahmen der Aktion Rote Hand (Red Hand Day) am 12. Februar ein Zeichen gesetzt. Die gesammelten roten Handabdrücke werden der UN-Sonderbeauftragten für Kinder und bewaffnete Konflikte, Frau Virginia Gamba, überreicht.